

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr,  
Energie und Kommunikation  
Bundesamt für Energie  
3003 Bern

per E-Mail an: [gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch](mailto:gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch)

**Philipp Mäder**  
Leiter Public Affairs & Kommunikation

**Swisspower AG**  
Schweizerhof-Passage 7  
3011 Bern

Telefon +41 79 656 80 94  
[philipp.maeder@swisspower.ch](mailto:philipp.maeder@swisspower.ch)  
[www.swisspower.ch](http://www.swisspower.ch)

31.3.2023

## **Stellungnahme der Swisspower AG zum Erlass des Gesetzes über Aufsicht und Transparenz im Energiegrosshandelsmarkt GATE**

**Sehr geehrter Herr Bundesrat**  
**Sehr geehrte Damen und Herren**

Mit Schreiben vom 16. Dezember 2022 wurde die Swisspower AG eingeladen, zu dem genannten Gesetzeserlass Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und äussern uns gerne wie folgt.

### **1. Allgemeine Beurteilung**

Die Swisspower AG, eine strategische Allianz von 22 Schweizer Stadtwerken und regionalen Unternehmen der Versorgungswirtschaft, spricht sich grundsätzlich für mehr Transparenz im Energiegrosshandelsmarkt aus. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist für die Stadtwerke der Swisspower-Allianz von grösster Bedeutung. Einen zentralisierten Überblick über alle relevanten Markttransaktionen erachten wir folglich als sinnvoll.

#### **1.1. Zur Ausgangslage aus Sicht der Swisspower AG**

GATE verpflichtet alle Marktteilnehmenden, Angaben über Handelstätigkeiten und Insiderinformationen zu melden. Für international tätige EVU entspricht diese Praxis bereits jetzt der gelebten Realität, da sie in der EU unter die Meldepflicht von REMIT fallen. Um unnötigen Mehraufwand für diese Unternehmen zu verhindern, sollte GATE so nahe wie möglich an REMIT angelehnt sein.

Das neue Gesetz sieht ausserdem vor, dass sich alle EVU bei der ElCom registrieren müssen. Der Aufwand hierfür ist so gering wie möglich zu halten. Ein zu komplizierter Registrierungsprozess könnte dazu führen, dass sich ausländische Teilnehmende aus dem Schweizer Markt zurückziehen. Dies würde zu einer Liquiditätsverknappung auf

dem Schweizer Energiegrosshandelsmarkt führen, hätte dementsprechend eine kontraproduktive Wirkung auf die Versorgungssicherheit sowie die Preise und soll folglich verhindert werden.

## 1.2. Änderungsanträge der Swisspower AG

**Delegierbarkeit:** GATE in der vorliegenden Form betrifft grosse, mittlere und kleine EVU. Mittlere und kleine sind bezüglich der Systemrisiken als nahezu irrelevant zu betrachten. Trotzdem sind sie von den Transparenzmassnahmen vollumfänglich betroffen, was für sie einen erheblichen Mehraufwand bedeutet. Um kleine und mittlere EVU zu entlasten, plädiert Swisspower für eine Delegationsmöglichkeit der für sie neu hinzukommenden Aufgaben. Wir weisen ausserdem darauf hin, dass der Einfluss des europäischen Marktes auf die Versorgungssicherheit der Schweiz viel bedeutender ist als jener der mittleren und kleineren EVU. Dies darf in den Überlegungen zur Versorgungssicherheit nicht vernachlässigt werden.

**Zukünftige Ausgestaltung des Gesetzes:** Verschiedene Gesetzesartikel sehen vor, dass der Bundesrat weitere Bestimmungen erlassen kann. Um das Gesetz so praktikabel wie möglich zu gestalten, soll die Energiebranche u.a. mittels Vernehmlassung in die Detailentscheide miteinbezogen werden.

**Strafbestimmungen:** Im Gesetzesentwurf sind die Strafbestimmungen stark an jene des Finanzmarktinfrakturgesetzes (FinfraG) angelehnt. Damit sind die in der Schweiz geplanten Strafbestimmungen strenger als diejenigen der EU unter REMIT. Das GATE bezweckt, Aufsicht und Transparenz über Energiegrosshandelsmärkte in der Schweiz sicherzustellen und ist massgeblich der europäischen REMIT-Verordnung nachgebildet. Es ist daher nicht einsichtig, warum hinsichtlich der Strafbarkeit die strenger Bestimmungen des FinfraG zur Anwendung kommen sollen, welche auf die Finanzmärkte ausgerichtet sind. In Anbetracht dessen, dass viele Marktteilnehmende wie oben erwähnt auch am europäischen Energiegrosshandelsmarkt tätig sind, sollten die Strafbestimmungen des GATE jenen von REMIT angeglichen werden. Andernfalls kommt es zu einer Ungleichbehandlung der schweizerischen gegenüber den europäischen Marktteilnehmenden.

Gerne möchten wir mit dieser Vernehmlassungsantwort weitere notwendige Angleichungen an REMIT einbringen, um einen verkomplizierenden Schweizer Sonderweg zu umgehen. Zudem äussern wir uns zu weiteren Punkten, welche für die Stadtwerke der Swisspower AG relevant sind. Auf diese Weise möchten wir dazu beitragen, das Gesetz so effizient und umsetzungsorientiert wie möglich zu gestalten.

## 2. Stellungnahme zu einzelnen Artikeln

### Art. 2 Begriffe

#### 1.b.2. *Streichen*

1.b.3. *Verträge über die Verteilung und die Lieferung von Strom oder Gas an Endverbraucherinnen und Endverbraucher in der Schweiz, die aufgrund ihrer hohen Verbrauchskapazität (*über 600GWh*) einen bedeutenden Einfluss auf die Preise dieser Produkte haben können;*

**Begründung:** In der EU müssen Marktteilnehmende unter REMIT Regelenergiegeschäfte nur auf Anfrage der europäischen Regulierungsbehörde ACER melden. ACER verzichtet zurzeit auf die Meldung von Regelenergiegeschäften. Im Rahmen der Harmonisierung der europäischen Regelenergiemärkte sollte die Schweiz keine strengere Meldepflicht für die entsprechenden Geschäfte einführen. Wir beantragen daher, Art. 2 Abs. 1 Bst. b Ziff. 2 GATE zu streichen.

Der Schwellenwert für meldepflichtige Endverbraucherinnen soll 600 GWh betragen und somit möglichst nahe an demjenigen der REMIT Verordnung liegen.

### Art. 4 Veröffentlichung von Insiderinformationen

*<sup>1bis</sup> (neu) Die Veröffentlichung von Insiderinformationen kann an Dritte delegiert werden.*

*2 Zu veröffentlichen sind namentlich Insiderinformationen über die Kapazität und die Nutzung von Anlagen zur Erzeugung, zur Speicherung, zum Verbrauch oder zum Transport von Strom oder Gas, einschliesslich Insiderinformationen über die geplante oder ungeplante Nichtverfügbarkeit dieser Anlagen. *Erzeugungsanlagen ohne Markteinfluss sind von der Veröffentlichungspflicht über geplante oder ungeplante Nichtverfügbarkeiten ausgenommen.**

**Begründung:** Es muss sichergestellt werden, dass die Veröffentlichungspflicht an Dritte übertragen werden kann. Für kleinere und mittlere EVU ist die Umsetzung ansonsten unverhältnismässig aufwendig. Deshalb soll eine Delegationsmöglichkeit bereits im Gesetz festgeschrieben sein. Mit der vorgeschlagenen Formulierung wird für die Zukunft offengelassen, ob das von der Branche gewünschte Single-Sided Reporting umgesetzt wird.

Um das Gesetz so praktikabel wie möglich zu gestalten, muss in der auf das Gesetz folgenden Verordnung konkretisiert werden, welche Erzeugungsanlagen bei einem Kraftwerksausfall als ohne Markteinfluss qualifiziert werden können. In der Praxis wird ein solcher Einfluss mit einer installierten Leistung ab 100 MW definiert. Zusätzlich muss beachtet werden, dass auf dem Schweizer Energiegrosshandelsmarkt der Einfluss des

europäischen Energiegrosshandelsmarktes deutlich grösser ist als der einer einzelnen schweizerischen Erzeugungsanlage.

#### **Art. 5 Übermittlung von Angaben über Transaktionen und Handelsaufträge sowie von Insiderinformationen an die EICom**

*1. Die Marktteilnehmer übermitteln der EICom:*

*1.a<sup>bis</sup> (neu) auf Anfrage Angaben über ihre Transaktionen und Handelsaufträge auf den Energiegrosshandelsmärkten, die schweizerische Energiegrosshandelsprodukte gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. B Ziff. 2 betreffen.*

*1<sup>bis</sup> (neu) Die Übermittlung von Angaben über Transaktionen und Handelsaufträge sowie von Insiderinformationen an die EICom kann an Dritte delegiert werden.*

*2.b. Streichen*

**Begründung:** Es muss sichergestellt werden, dass die Übermittlungspflicht an Dritte übertragen werden kann. Die Insiderinformationen werden gemäss Art. 4 Abs 1 auf einer akkreditierten Seite veröffentlicht. Die EICom kann die Informationen direkt auf dieser Seite einsehen. Aus Effizienzgründen ist von einer zusätzlichen Übermittlung an die EICom vom Marktteilnehmer daher abzusehen oder allenfalls von der akkreditierten Stelle vorzunehmen.

Abs. 2 greift zu weit. Er sollte klar auf Daten aus dem täglichen Reporting aus EU-REMIT bezogen sein bzw. auf die der IIPs. Ansonsten müssten alle Daten, die in jeglicher Form an EU-Regulatoren geschickt werden, auch an die EICom weitergeleitet werden.

#### **Art. 10 Finanzierung**

*3. Die Aufsichtsabgabe wird nach ~~der Bilanzsumme und dem Volumen der Transaktionen~~ Anzahl und Energievolumen der Transaktionen mit schweizerischen Energiegrosshandelsprodukten festgesetzt.*

**Begründung:** Die Bilanzsumme ist kein adäquates Kriterium, um die Aufsichtsabgabe festzulegen. Insbesondere für Marktteilnehmer, die auch noch andere Geschäftsbereiche haben, ist sie ungeeignet. Wir schlagen stattdessen vor, nur das Energievolumen und/oder die Anzahl gemeldeter Transaktionen zu berücksichtigen. Allenfalls kann die Gebührenstruktur von ACER als Vorlage genutzt werden.

## Art. 8 Verbot von Marktmanipulation

1. Unzulässig handelt, wer *vorsätzlich oder grob fahrlässig*: (...)

**Begründung:** Nicht jede einfache operative Unzulänglichkeit oder fehlerhafte Handelstätigkeit sollte tatbestandlich für eine Marktmanipulation sein. Angesichts von Millionen von Transaktionen können Flüchtigkeitsfehler (z.B. Fat Finger-Trade) nicht stets ausgeschlossen werden. Der Unrechtsgehalt in derartigen Fällen ist gering, der mögliche Reputationsschaden im Falle einer Anschuldigung bezüglich Marktmanipulation dagegen hoch, was zu einer Unverhältnismässigkeit führt. Es ist durch den Bund zu prüfen, ob eine analoge Formulierung auch unter Art. 7 zu ergänzen wäre.

Gerne bedanken wir uns abschliessend nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Für erläuternde Auskünfte stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Swisspower AG

Ronny Kaufmann  
CEO

Philipp Mäder  
Leiter Public Affairs & Kommunikation